

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Gedenken an die „Reichspogromnacht“ vor 80 Jahren - Jüdisches Leben in Brandenburg heute - Drucksache 6/9858 vom 06.11.2018

Der Landtag stellt fest:

Der 9. November erinnert uns jedes Jahr daran, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, ein friedliches Miteinander und der Schutz von Minderheiten keine Selbstverständlichkeit sind. Dieser Tag mahnt uns dazu, für eine Gesellschaft ohne religiösen oder rassistischen Hass und ohne politischen Fanatismus einzutreten.

Es ist eine Stärke unserer Demokratie, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland wieder ein reiches und buntes jüdisches Leben entwickeln konnte. Die jüdischen Gemeinden, zahlreiche Vereine sowie wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen tragen dazu bei, dass Jüdinnen und Juden sich in Brandenburg heimisch fühlen und gern hier leben. Die Jüdischen Kulturtage und das Jüdische Filmfestival bereichern das kulturelle Leben in Berlin und Brandenburg seit mehreren Jahren. Und auch der interreligiöse Dialog ist in den vergangenen Jahren verstärkt worden und trägt zu gegenseitigem Verständnis und Solidarität bei.

In diesem Jahr fand erstmals ein Jüdischer Zukunftskongress in der Woche vor dem 9. November in Berlin statt. Unter dem Motto „Weil ich hier leben will“ trafen sich Jüdinnen und Juden aller Altersgruppen und Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft, um gemeinsam Perspektiven der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu entwickeln.

Zugleich ist es zutiefst beschämend, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland oder anderswo in Europa beleidigt, beschimpft oder bedroht werden, dass einige von ihnen daran zweifeln, hier länger ihren Lebensmittelpunkt haben zu können. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind in Deutschland heute ein großes gesellschaftliches Problem. Rechte Scharfmacher greifen die Grundfesten unserer Demokratie und unser friedliches Zusammenleben an. Dass es in Deutschland überhaupt noch Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt, ist eine Schande.

Von den Schrecken der NS-Diktatur können heute nur noch wenige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten. Auch deshalb brauchen wir eine lebendige Gedenkkultur, die unverzichtbarer Bestandteil eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der Geschichte und Voraussetzung für ein friedliches Miteinander ist.

Eingegangen: 13.11.2018 / Ausgegeben: 13.11.2018

Gedenken ist aber immer auch Handlungsauftrag. Der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass ist eine Aufgabe für uns alle. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang an die Worte von Fritz Bauer, 1963 Chefankläger im ersten Auschwitz-Prozess: „Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, dass sie nicht zur Hölle wird.“

Im Wissen um die Verantwortung des Landes, jüdisches Leben zu stärken und Menschen jüdischen Glaubens vor Antisemitismus zu schützen, haben Landtag und Landesregierung in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen und Initiativen ergriffen:

- Das Land hat im Jahr 2005 einen Staatsvertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden abgeschlossen; es stellt den verschiedenen jüdischen Gemeinden jährlich gegenwärtig 650.000 Euro zur Verfügung.
- Vor dem Hintergrund des Völkermords an Jüdinnen und Juden wie auch an Sinti und Roma strich der Landtag den Begriff „Rasse“ aus der Verfassung und führte eine Antirassismus-Klausel (Art. 7a) ein: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“
- Im Jahr 2015 erklärte der Landtag den 8. Mai zum offiziellen Gedenktag in Brandenburg, zum „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa“. Bei der ersten Gedenkstunde sprach der Jude Leon Schwarzbaum, der im KZ Auschwitz, verschiedenen Außenlagern und im KZ Sachsenhausen inhaftiert war und den Todesmarsch von Sachsenhausen nach Schwerin überlebte.
- Im Januar 2015 wurde in Cottbus die landesweit erste Synagoge nach 1945 eingeweiht.
- Das Land fördert das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien mit gegenwärtig 1,1 Mio. Euro jährlich.
- Im Land Brandenburg ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus fester Bestandteil der schulischen Rahmenlehrpläne, zahlreiche Partnerschaften zwischen Brandenburger und israelischen Schulen tragen zum gegenseitigen Verständnis bei.
- Das Land sorgt dafür, dass Lehrkräfte, Polizeibeamte sowie Juristinnen und Juristen im Rahmen der Ausbildung und Weiterbildung für die Formen von Antisemitismus sensibilisiert werden.
- Brandenburg unterstützt gemeinsam mit dem Bund den Erhalt jüdischer Friedhöfe.
- Aus dem Landeshaushalt gefördert werden das deutschlandweit einzigartige Studium der Jüdischen Theologie sowie die Vermittlung von Kenntnissen über das Judentum an der Universität Potsdam.
- Das Land arbeitet eng mit der Gedenkstätten-Stiftung zusammen. Dazu gehört auch das gemeinsame Gedenken von Landtag und Stiftung am 27. Januar und aus Anlass der Befreiung der Konzentrationslager.
- Der Landtag war Ort mehrerer Ausstellungen zum jüdischen Leben. Zuletzt wurde die Ausstellung „Meine polnischen Eltern, meine jüdischen Eltern“ gezeigt.
- Am 07. November 2018 haben das Land, die Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam und die Synagogengemeinde Potsdam eine Vereinbarung über die Errichtung eines Synagogen- und Gemeindezentrums in Potsdam unterzeichnet. Die Synagoge soll

auf Grundlage der Vereinbarung in den kommenden Jahren vom Land errichtet werden.

In diesem Jahr hat sich außerdem ein Freundeskreis Israel des Brandenburger Landtags gegründet, der es unter anderem als seine Aufgabe ansieht, die Erinnerung an früheres jüdisches Leben auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg wachzuhalten und historische Orte jüdischen Lebens in Ehren zu halten und zu pflegen, die Arbeit der Brandenburger Gedenkstätten zu unterstützen und jüdisches Leben, jüdische Religion und jüdische Kultur in Brandenburg nach Kräften zu fördern und wo nötig zu schützen.

Noch in diesem Jahr wird der Landtag folgende Beschlüsse fassen:

1. Erhöhung der Förderung für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten von 3,3 Mio Euro auf 3,8 Mio Euro, darunter die Schaffung von zwei neuen Stellen für Gedenkstättenpädagogik
2. deutliche Erhöhung der Ausgaben für Maßnahmen freier Träger im Rahmen des Handlungskonzepts der Landesregierung "Tolerantes Brandenburg" und Erhöhung der Mittel für die „Opferperspektive e.V.“
3. Schaffung einer Fachstelle für Antisemitismus beim Moses Mendelssohn Zentrum

Der Landtag sieht es zudem als seine ständigen Aufgaben an:

- sich mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen auseinanderzusetzen und zurückzudrängen,
- Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen,
- Transparenz über rechte Gewalt- und Straftaten herzustellen,
- die historisch-politische Bildung zu erhalten und auszubauen,
- eine lebendige Gedenkkultur zu fördern und zu unterstützen.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Auswertung der Handlungsempfehlungen des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>) für die Arbeit der verschiedenen Ressorts der Landesregierung in Brandenburg fortzusetzen,
2. zu prüfen, inwiefern kleine Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Brandenburg stärker als bisher vom Land unterstützt werden können.

Begründung:

In Brandenburg lebten vor 1933 etwa 9.000 Jüdinnen und Juden in mehr als 20 Gemeinden.

Bei den Novemberpogromen organisierten SA- und SS-Trupps in der Nacht vom 09. auf den 10. November 1938 gewalttätige Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung. Mehrere hundert Synagogen in ganz Deutschland wurden in Brand gesetzt, mindestens 8.000 jüdische Geschäfte zerstört sowie zahllose Wohnungen verwüstet. Die Pogromnacht forderte rund 400 Todesopfer. Insgesamt 30.000 Jüdinnen und Juden wurden in dieser Nacht und den folgenden Tagen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Die antisemitischen Ausschreitungen waren von der NS-Führung organisiert worden, die die Diskriminierung und Verfolgung jüdischer Bürgerinnen und Bürger seit 1933 systematisch vorangetrieben hatte. Die Pogrome markierten den Übergang von der Diskriminierung der Juden seit 1933 zur systematischen Verfolgung, die wenige Jahre später in die Shoa, die Vernichtung der europäischen Juden, mündete.

Nach dem Krieg gab es auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg nur noch wenige Überlebende. Erst ab 1991 gründeten Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wieder jüdische Gemeinden in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Bernau, Oranienburg und Königs Wusterhausen - ihnen gehören heute insgesamt rund 2.000 Mitglieder an.

Heute ist Hass gegen Jüdinnen und Juden wieder im Alltag präsent. Besonders im Internet entlädt sich dies in herausgehobener Weise, wie zum Beispiel die Studie "Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses" der Technischen Universität Berlin zeigt. Danach haben sich antisemitische Äußerungen in Kommentarspalten der großen Online-Medien von 2007 (7,51 Prozent) bis 2017 (30,18 Prozent) vervierfacht.